

**Die Wahlbewegung und die nationale Politik.**

In nicht ferner Zukunft stehen Neuwahlen sowohl für den Deutschen Reichstag, wie für den preussischen Landtag bevor, und fast überall sind die Vorbereitungen für den Wahlkampf schon im Gange. Wenn man auf die fruchtbare Thätigkeit der Reichs- und Landesvertretungen, deren Vollmachten ihrem Ablauf entgegengehen, mit Genugthuung zurückschauen darf, so erscheint in gleicher Weise die Zuversicht berechtigt, daß auch bei den Neuwahlen das Vertrauen Preußens und Deutschlands sich vorwiegend solchen Männern zuwenden wird, welche von dem patriotischen Eifer besetzt sind, an dem vertrauensvollen Zusammenwirken der parlamentarischen Körperschaften mit den leitenden Behörden festzuhalten und auf diesem geebneten Boden die wichtigen Gesetzgebungs-Aufgaben der Gegenwart einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

Die Verhältnisse, unter denen die Wähler sich jetzt zur Ausübung ihrer Befugnisse anschicken, sind wesentlich andere, als die Zustände, unter denen die jüngsten Wahlen für den Landtag und den Reichstag von Statten gingen. Die letzten Wahlen erfolgten noch unter dem frischen Eindruck der kriegerischen Ereignisse, bei welchen die vaterländischen Waffen sich unsterblichen Ruhm erkämpft hatten, und der nationalen Begeisterung, mit welcher die Wiebergeburt des Deutschen Reiches sich vollzog. Unter solchen Umständen war es nicht anders denkbar, als daß die Parlamente berufen seien, der leitenden Staatsgewalt, welche der Nation die Bahn großartiger Erfolge geöffnet hatte, mit Vertrauen entgegenzukommen und in gutem Einvernehmen für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten. Indessen spielten damals in die freudig gehobene Stimmung noch immer Gefühle der Unsicherheit hinein. Nicht einmal der Friede zwischen Deutschland und Frankreich war zum Abschluß gelangt. Noch viel weniger hatte man Gewißheit über den Ausbau der Reichseinrichtungen, über die Entwicklung des preussischen Staatswesens innerhalb des deutschen Reichskörpers und über die thatsächliche Gestaltung der Reichspolitik. Ein dreijähriger Zeitraum hat nach allen Richtungen hin Klarheit gebracht. Man weiß jetzt, daß die nationale Politik in friedlicher Arbeit Früchte gezeitigt hat, die sich den kriegerischen Erfolgen würdig anreihen. Wenn daher den jüngsten Wahlen patriotische Begeisterung die Weihe gab, so läßt sich erwarten, daß bei den bevorstehenden Wahlen die nationale Befriedigung, welche den Grundton in der Stimmung des Volkes bildet, zum gebührenden Ausdruck gelangen wird.

In den Beziehungen zwischen den Bundesstaaten wie im Bereiche der preussischen und der deutschen Gesetzgebung ist die nationale Politik, welche den festen Boden für die Neugestaltung Deutschlands gefunden hatte, immer mehr zur Geltung und Anerkennung emporgedrungen. Sie beruht auf dem Grundsatz, daß die Herstellung der Reichseinheit und die Heranbildung der Nation zu immer innigerer Lebensgemeinschaft, wie die Verbesserung der inneren Staatseinrichtungen, nur unter Achtung der bestehenden Ordnungen, unter schonungsvoller Rücksichtnahme auf geschichtliche und örtliche Verschiedenheiten und in den Wegen freier Verständigung vor sich gehen müsse. Diesem Geiste der Veröhnung ist es gelungen, die Leidenschaften zu entzünden, welche das Mark der Nation in unfruchtbaren Parteikämpfen erschöpften, und die Regungen des Mißtrauens und der Eifersucht niederzuhalten, durch welche das Vaterland so lange verhindert worden war, einig und stark zu werden. Die Grenzcheiden zwischen Süd- und Nord-Deutschland sind nicht bloß auf dem Boden der Verfassung, sondern in den Herzen der Nation gefallen, und die lang genährte Mißgunst gegen den vorwiegenden Einfluß Preußens ist im Schwinden begriffen, seitdem das öffentliche Urtheil die Gewißheit erhalten hat, daß Preußen sich mit voller Hingebung an die gemeinsame Entwicklung des großen Vaterlandes anschließt.

Ebenso wirksam hat die nationale Politik zur Milderung der Gegensätze im inneren Parteileben beigetragen. Es ist keine zufällige oder gleichgültige Erscheinung, daß in den ver-

schiedenen Parteilagern die nationalen Elemente mehr oder minder die Oberhand gewonnen haben und daß die Bildung einer national-konservativen und einer national-demokratischen Gruppe erfolgt ist, wie früher die national-liberale Partei entstanden war. Es offenbart sich darin die Thatsache, daß alle Parteigruppen, welche sich von dem Leben der Nation nicht ablösen wollen, dem Zuge der nationalen Bewegung folgen und den Gesamtbedürfnissen des Vaterlandes die Parteiforderungen unterordnen müssen. Hiermit ist auch der Boden für eine gemeinsame Thätigkeit gewonnen, welche von der Ueberzeugung getragen werden muß, daß die Gegenwart allen patriotischen Kreisen keine dringendere Pflicht auferlegt, als die, mit vereinten Kräften und in vertrauensvollem Anschluß an die leitende Politik zur Befestigung der deutschen Einheit und zur Kräftigung der gesetzlichen Staatsgewalt mitzuwirken.

Zu solchen Grundsätzen patriotischen Strebens hat sich bereits in Schlesien ein Verein hochgeachteter und einflussreicher Männer aus allen gemäßigten Parteilagern mit voller Entschiedenheit bekannt. Dieselben haben vor einiger Zeit einen gemeinsamen Aufruf erlassen, in welchem es heißt: „Die Unterzeichneten sind zusammengetreten, die Wähler der Provinz aufzufordern, sich ohne Rücksicht auf Parteiverschiedenheiten zur Wahl von Männern zu vereinigen, welche die Bürgerschaft gewähren, die Staats- und die Reichsregierung in ihrer Politik gegen feindliche Uebergriffe und Ansprüche zu unterstützen. Es handelt sich nicht um Partei-Interessen; es handelt sich um die Interessen des Staates und des Vaterlandes. Halten wir zusammen in der Abwehr der gemeinsamen Feinde.“

Diese Mahnungen haben in weiten Kreisen Wiederhall und Beachtung gefunden, weil sie mit den wahren Empfindungen des Volkes in Einklang stehen. Wie in Schlesien, so überall im Vaterlande verbreitet sich die Erkenntniß, daß in der nationalen Politik die Fahne aufgepflanzt ist, um die alle patriotischen Kräfte aus verschiedenen Parteilagern sich scharen können. Alle bisher trennenden Unterschiede zwischen den einzelnen deutschen Stämmen sind im Schwinden, alle einseitigen Forderungen der verschiedenen Parteien müssen zurücktreten, weil allen der gebührende Einfluß auf die gemeinsamen Angelegenheiten eingeräumt und allen die Gelegenheit geboten ist, die vaterländische Entwicklung den höchsten Zielen entgegenzuführen.

Die Politik, unter deren Einfluß die Nation das Bewußtsein ihrer Einheit und ihrer Macht wiedergewonnen hat, wird auch bei den bevorstehenden Wahlen als einigende Kraft erkannt werden.

[Die Sonderung der reichstreuen Katholiken von den Ultramontanen] nimmt ihren Fortgang. Zu der bereits erwähnten Zuschrift, in welcher eine große Anzahl angesehenen Katholiken dem Landesherren ihre unerschütterliche Ergabenheit kundgaben, gehen noch täglich Zusimmungen ein, welche thatsächlich den Beweis liefern, daß die Ultramontanen in keiner Weise berechtigt sind, sich als die alleinigen Vertreter der römisch-katholischen Deutschen hinzustellen. Gerade das staatsfeindliche Treiben der Jesuiten und ihrer Anhänger macht es allen patriotischen Katholiken zur Pflicht, durch ihre Kundgebungen und durch ihr Verhalten keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sie treu zum Reich und zur Regierung stehen und fest entschlossen sind, eine friedfertige Verständigung auf dem Boden der Gesetze zu fördern.

Aus dem Verein der schlesischen Malteserritter sind in Folge der bekannten Vorgänge weitere Ausscheidungen erfolgt.

Graf Stillfried-Alcantara hat seinen Austritt aus dem Vereine durch folgende Zuschrift erklärt:

„Die durch Zeitungsblätter verbreitete Nachricht, daß ich bis jetzt unter die Vorstandsmitglieder des Vereins schlesischer Malteserritter gehört hätte, ist zwar unrichtig, denn ich habe bereits im Herbst 1871 wegen zunehmender Kränklichkeit auf die mir im Jahre 1865 einstimmig übertragene Stellung als Stellvertreter des Vorstehenden verzichtet. Die Generalversammlung vom 2. d. M. hat also, indem sie mich nicht wiederum in den Vorstand wählte, keineswegs auch mir